

SGK Baden-Württemberg e.V.
Untere Neckarstraße 50 +++ 74072 Heilbronn
Tel.: 07131-783625 +++ www.sgk-bw.de

Landesgeschäftsstelle
Hasenbergstraße 49 b
70176 Stuttgart
Tel.: 0711 / 6 6904 – 32
Fax: 0711 / 6 69 04 – 15
E-Mail: josef.mueller@cdu-bw.de

Mitteilung an die Presse

Gemeinsam für leistungsfähige Stadtwerke

Landesvorstände von Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Baden-Württemberg (KPV) und Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Baden- Württemberg (SGK) trafen sich zu einem Gedankenaustausch.

Die Landesvorstände von Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Baden-Württemberg (KPV) und der Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Baden- Württemberg (SGK) haben sich zu einem Gedankenaustausch über kommunalpolitische Schwerpunktthemen getroffen. Beide Seiten lobten die konstruktive Gesprächsatmosphäre und den offenen Meinungs austausch entlang wichtiger kommunalpolitischer Sachfragen.

So spielte in der gut zweistündigen Unterredung die Stärkung der Kommunalwirtschaft und die Leistungsfähigkeit der Stadtwerke eine wichtige Rolle. Beide Verbände sehen die sinkenden Erlöse der Stadtwerke als eine bedrohliche Entwicklung an, die die örtliche Wirtschaft- und Arbeitsplatzsituation negativ tangieren kann. Sowohl KPV wie auch SGK fordern deshalb eine Regulierung der Netze für Strom- Gas- und Wasser mit Augenmaß unter Ausnutzung von Freiräumen bei der Anreizregulierung durch die Landesregulierungsbehörden.

In diesem Zusammenhang kritisieren beide Verbände die Anreizregulierungsverordnung des Bundeswirtschaftsministeriums. Diese erschwere eine Quersubventionierung kommunaler Aufgaben, wie bspw. den ÖPNV, Bus- und Straßenbahnverkehre oder Sporteinrichtungen durch die Gewinne aus dem Betrieb der Gas-, und Stromnetze. Gerade finanzschwächere Kommunen hätten die Sorge, dass die Anreizregulierung zu Problemen bei der kommunalen Daseinsvorsorge führen könnte. Sowohl Oberbürgermeister Frei - als Chef der KPV - wie auch Oberbürgermeister Pelgrim - als Chef der SGK - sprechen sich deshalb dafür aus, zunächst die wirtschaftlichen Auswirkungen der Anreizregulierung qualifiziert und zeitnah von Seiten des Wirtschaftsministeriums untersuchen zu lassen.

Zudem weisen die Verbände hin, dass die Konzessionsabgaben im Zusammenhang mit der Lieferung von Strom, Gas und Wasser wichtige Einnahmen für die Städte und Gemeinden als direkte Gegenleistungen für die Inanspruchnahme städtischer Straßen, Wege und Plätze seien.

Bei der Konzessionsabgabe für Gas sehen sowohl KPV wie auch SGK das zentrale Problem in einer Regelungslücke zwischen der Konzessionsabgabe für tarifliche Gaslieferungen und für Sonderverträge deren Konzessionsabgabe erheblich niedriger liege und damit für erhebliche Einnahmeausfälle Sorge. Beide Verbände forderten das Wirtschaftsministerium auf, diese Lücke zu schließen. Im gleichen Zug forderten sowohl SGK wie auch KPV das Wirtschaftsministerium auf, von Änderungen bei der Konzessionsabgabe für die Wasserversorgung abzusehen, die sich ebenfalls negativ auf die kommunalen Haushalte auswirken könnte.

Beide Verbände artikulierten ihre Forderungen in einem gemeinsamen Schreiben, das an den Landeswirtschaftsminister Ernst Pfister gerichtet ist (Anlage).